

Herr Peter Schmitt
 Herr Siegfried Scholtka
 Herr Bernd Schötterl
 Frau Monika Schuck
 Herr Rudi Schuck
 Herr Manfred Schüssler
 Herr Stefan Schwab
 Herr Erich Stappel
 Herr Dr. Christian Steidl
 Herr Ansgar Stich
 Herr Matthias Ullmer
 Herr Karl Josef Ullrich
 Herr Roland Weber
 Frau Ruth Weitz
 Frau Monika Wolf-Pleißmann
 Herr Dietmar Wolz
 Frau Susanne Wörner
 Herr Frank Zimmermann
 Herr Thomas Zöllner
 Herr Wolfgang Zöllner

Entschuldigt gefehlt haben:

Kreistagsmitglieder

Herr Michael Berninger
 Herr Helmut Demel

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Herr Rosel, Leiter Abt. 3	zu TOP 4 und 5
Herr Krämer, Leiter UB 3	zu TOP 6 und 9
Frau Hörnig, Leiterin UB 4	zu TOP 7 und 8
Frau Leiblein, UB 4	zu TOP 7 und 8
Herr Wosnik, Leiter UB 5	zu TOP 10, nö 1 und nö 2
Herr Röcklein, Leiter SG 11	zu TOP nö 3
Herr Feil, Leiter Abt. 1	
Frau Seidel, Leiterin UB 1	
Frau Zipf-Heim, Schriftführerin	

Ferner haben teilgenommen:

Herr Feußner, Vorstandsvorsitzender Sparkasse Miltenberg-Obernburg	zu TOP 1
Herr Eifert, Sparkasse Miltenberg-Obernburg	zu TOP 1
Herr Seibel, Initiative Bayerischer Untermain	zu TOP 2
Herr Dr. Jung, LAG Main4Eck	zu TOP 3
Herr Betz, Nahverkehrsbeauftragter	zu TOP 4 und 5
Herr Adams, teamwerk	zu TOP nö 3

Tagesordnung:

- 1 Jahresabschluss der Sparkasse Miltenberg-Obernburg zum 31.12.2015
- 2 Regionaler Strategieprozess Bayerischer Untermain 2016
- 3 Auszeichnung „Fairtrade – Landkreis Miltenberg“ im Rahmen der Initiative „Fair & regional – einfach genial“ - Umsetzung des Beschlusses des Kreistags vom 17.12.2015
- 4 Resolution des Landkreises Miltenberg zum Bundesverkehrswegeplan und zum ICE-Halt Aschaffenburg
- 5 Ausschreibung Linienbündel „Regiobus Amorbach“
- 6 Jahresabschlussbericht (Bilanz) 2015
- 7 Jahresabschluss 2014 des Landkreises Miltenberg;
 - a) örtliche Prüfung
 - b) Feststellung
- 8 Jahresabschluss 2014 - Erteilung der Entlastung
- 9 Jahresabschluss 2014 – Verwendung des Jahresüberschusses
- 10 Beschluss: Ausbau-Vereinbarung zwischen der Gemeinde Großwallstadt und dem Landkreis Miltenberg über den Bau und die Unterhaltung einer gemeindlichen Kanalisation zur Entwässerung des Straßenkörpers und der Fahrbahn der Kreisstraße MIL 29
- 11 Anfragen

Vor Einstieg in die Tagesordnung gedenkt Landrat Scherf den Opfern der vergangenen Woche.

„Unsere Gedanken, Gefühle und Gebete sind in diesen Stunden und Tagen bei den Menschen, die auf Grund brutaler Gewaltaktverbrechen einen ihrer liebsten Menschen verloren haben, ebenso wie wir an die Menschen denken, die körperlich oder seelisch verletzt wurden.“

Wir danken den Polizistinnen und Polizisten für ihr umsichtiges Handeln, den Rettungskräften für ihren von großer Hilfsbereitschaft geprägtem Einsatz ebenso wie den vielen Menschen wie z.B. in München, die trotz der Angst Menschen in Not und Angst ihre Herzen und ihre Türen geöffnet und damit geholfen haben.“

Landrat Scherf dankt dem Kreistag für den Respekt gegenüber den Opfern und Betroffenen.

Darüber hinaus versichert er dem Kreistag, dass er nicht erst seit den Ereignissen der vergangenen Woche bzw. dieses Wochenendes in einem engen Austausch mit den Sicherheitsbehörden im Landkreis Miltenberg stehe und alle Handlungsweisen stets den Bedürfnissen anpasse.

Landrat Scherf teilt mit, dass die wunderschön gestaltete Broschüre der Schülerinnen und Schüler der Klasse 9b der Realschule Elsenfeld. Die Staatliche Realschule Elsenfeld habe den Landkreis Miltenberg sich zum Thema gesetzt. Die Klasse 9b habe sich mit der touristischen Attraktion des Landkreises auseinandergesetzt. Das Thema sei am Sommerfest der Schule vorgestellt worden. Er sei von dem Tun der Schülerinnen und Schüler so begeistert gewesen, dass jeder Kreisrat ein Exemplar zur Verfügung gestellt bekommen habe. Dies sei ein Beleg dafür, welche hervorragende Arbeit an den Schulen im Landkreis geleistet werde. Diesen Eindruck habe er und seine Stellvertreter auch von den vielen Schulabschlussveranstaltungen in den vergangenen vier Wochen mitgenommen habe. Wenn man unseren jungen Menschen die Möglichkeiten geben, ihre Talente und ihre Werte zu leben, dann müsse uns vor der Zukunft nicht bange sein.

Landrat Scherf weist auf drei Termine im Rahmen der Gesundheitsregion plus im Herbst hin mit der Bitte, sich diese vorzumerken.

1. 25. Gesundheitstag im Landkreis Miltenberg
Sonntag, 2. Oktober 2016 von 13:00 bis 17:00 Uhr in der Mittelmühle in Bürgstadt
2. Informationsveranstaltung zur Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung im Landkreis Miltenberg für Kreisrätinnen und Kreisräte, Bürgermeister/in
Donnerstag, dem 27. Oktober 2016, von 14.00 bis 16.30 Uhr im großen Sitzungssaal, Landratsamt Miltenberg
3. Infotag „Gesunde Mitarbeiter – Gesunde Unternehmen?!“
der Gesundheitsregionplus Miltenberg
am Samstag, den 29. Oktober 2016 im Bürgerzentrum Elsenfeld in der Marienstr. 29 in 63820 Elsenfeld

Tagesordnungspunkt 1:

Jahresabschluss der Sparkasse Miltenberg-Obernburg zum 31.12.2015

Für Landrat Scherf stelle sich nicht die Frage, dass Nullzinspolitik, Regulatorik, Digitalisierung drei riesige Herausforderungen seien, denen sich die Sparkassen derzeit in allen Regionen Deutschlands stellen müssen. Die Sparkassen seien in einer schwierigen Umbruchsituation, dies fordere vom Vorstand immer wieder schwierige Entscheidungen ab und verlange ein hohes Maß an strategischem Denken, Einsatz und Geschick. So habe es der zuständige Bayerische Staatsminister des Innern, für Bau & Verkehr, Joachim Herrmann anlässlich der Verbandsversammlung des Sparkassenverbands am 8. Juni 2016 in Landshut festgestellt.

Stark mache die Sparkassen v.a. ihre öffentlich-rechtliche Verfasstheit, der öffentliche Auftrag, die regionale Verwurzelung, die kommunale Verankerung und das Vertrauen der Bevölkerung.

Mit diesen 5 Säulen im Rücken begrüßt er herzlich im Kreistag den Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Miltenberg – Obernburg, Herrn Thomas Feußner, der traditionell den Jahresbericht den Kreisrätinnen und Kreisräte vorstellen werde sowie anschließend für Fragen zur Verfügung stehen werde und damit die zitierten fünf Säulen dokumentiere.

Herr Feußner, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Miltenberg-Obernburg stellt den Jahresabschluss der Sparkasse Miltenberg-Obernburg zum 31.12.2015 anhand beiliegender Präsentation vor.

Kreisrat Stappel dankt für die konkreten erfolgreichen Zahlen und für die gute Arbeit. Es gebe allerdings auch Dinge, die belasten, und über die man nicht hinwegsehen könne. Das Positive sei 73% Anteil an der Kreditvergabe, die das Handwerk und der Mittelstand getätigt hätten. Das sei eine sehr erfreulich Zahl, die auf die wirtschaftliche Hochkonjunktur zurückzuführen sei, die durch die Investitionsfreudigkeit vieler Menschen im Landkreis ausgelöst worden sei. Er möchte auch die negativen Dinge ansprechen. Es gebe Probleme in vielen Bereichen wie durch die Schließung der Filialen, durch die Entfernung einiger Automaten und durch bargeldloses Zahlen, das geplant, aber noch nicht in Gange sei. In all diesen Sparten und Bereichen habe er nichts dagegen, wenn es erfolgreich ablaufe. Aber alles in allem frage er sich bei diesen Themen, wo der Kunde und der Mensch bleibe. Es sei für ihn die wichtigste Frage. Er sitze nicht nur als Kreisrat hier, um die mittelständischen Unternehmen zu vertreten und deren Meinung zu äußern, sondern auch, um ältere Menschen zu vertreten, die ihm ans Herz gelegt hätten, wie es mit der Sparkasse weitergehe, da es ein Leben lang deren Hausbank gewesen sei. Sie wollten wissen, wo die Beratung bleibe, dass sie nicht mit Computern umgehen könnten oder die Zahlungsweise über den Computer abklären könnten. Kreisrat Stappel möchte wissen, ob es hier Möglichkeiten für die Zukunft gebe, wo man Menschen, die vielleicht noch gehen oder Auto fahren könnten, berücksichtigen könne. Es gehe auch um jüngere Kunden. Es sei nicht immer das Optimale, bargeldlos zu zahlen. Die Sparkasse sei für ihn als Hausbank natürlich an vorderster Front, aber er müsse trotzdem daran erinnern, dass die Sparkasse auch die Verpflichtung habe, nicht nur das meiste Geld zu verdienen, sondern dem Bürger zur Seite zu stehen und ihn in dieser Phase nicht zu vergessen. Kreisrat Stappel äußert die Bitte, dass die Bürgerinnen und Bürger auch noch einen persönlichen Ansprech- und Vertrauenspartner in der Sparkasse hätten.

Herr Feußner erwidert, dass beide, Herr Stappel und er, ein Unternehmen hätten, was in dieser Welt klarkommen müsse. Die Sparkasse habe einen schmalen Grat, der schwierig sei. Er gelinge meistens, die Kunden würden nicht weglaufen, sondern im Gegenteil, die Sparkasse mache zurzeit ein gutes Geschäft. Aber man brauche beides, Nähe und stationären Vertrieb und Berater, die den Menschen in die Augen schauten, sonst könne man sie nicht bezahlen. Man lebe davon, dass die Kunden der Sparkasse vertrauten, kämen und mit ihnen Geschäfte machten. Deshalb sei ihnen die Kontinuität sehr wichtig. Er glaube, dass jeder, der zur Sparkasse komme, auch einen Ansprechpartner bekomme und dass er einen

vernünftigen Berater in allen Filialen des Geschäftsgebietes bekomme. Man habe die Kunden namentlich zugeordnet und er sei der Meinung, dass dies gut funktioniere. Man müsse als Sparkasse in der neuen, virtuellen Welt unterwegs sein und man müsse Online-banking bieten. Über die Hälfte der Sparkassen-Kunden hätten Online-Konten, heißt, die Kunden wollten beides. Man müsse sich auf diesem schmalen Grat bewegen und in die Zukunft gehen. Dies versuche die Sparkasse und er ist der Meinung, dass es in fünf oder zehn Jahren immer noch eine Sparkasse gebe, die vor Ort sei und die vom Vertrauen der Menschen lebe. Allerdings werde vieles von dem, was online passiere, nicht mehr in der Filiale sein. Die großen und wichtigen Themen des Lebens wie Haus bauen oder Altersvorsorge werde weiterhin vor Ort sein. Die Marktanteile von den mittelständischen Kunden kämen nicht daher, dass die Sparkasse schlecht arbeite, sondern für mehr als die Hälfte aller Firmen im Landkreis sei die Sparkasse die Hausbank. Die Sparkasse versuche auch in schweren Zeiten, den Unternehmen und Firmen zu helfen, weil jedes Unternehmen mit zehn Personen, die nicht mehr da seien, fünf der Mitarbeiter ihr Konto auch bei der Sparkasse hätten, was bedeute, dass man ein ganz hohes Eigeninteresse daran habe, dass es der Region, den Menschen und den Firmen gut gehe. Er verspreche, dass das Thema Menschlichkeit und Nähe immer ein großer Teil des Geschäftsprinzips sein werde. Die Sparkasse sei eine stationäre Bank und wolle es auch immer bleiben.

Kreisrat Dr. Kaiser dankt Herrn Feußner für seine Ausführungen. Er denkt, dass die Botschaft bei dem Kreistag angekommen sei. Die Sparkasse Miltenberg-Obernburg habe sich trotz schwieriger Rahmenbedingungen wie die Politik der EZB oder auch die Regulatorik wacker geschlagen und insgesamt den öffentlichen Auftrag erfüllt. Dafür sage die SPD-Fraktion herzlichen Dank an Herrn Feußner, den Vorstand, Aufsichtsrat, Verwaltungsrat und an die Belegschaft der Sparkasse. Man könne ein positives Renommee ziehen.

Eine Rahmenbedingung in dem Kranz der schwierigen Voraussetzungen sei, dass sich die Sparkasse in Miltenberg-Obernburg in der Vergangenheit überproportional im Vergleich zu anderen Sparkassen bei der Landesbank engagiert habe. Man kenne die Problematik der Landesbank und die Verluste der letzten Jahre. Auch in diesem Geschäftsbericht in der Gewinn- und Verlustrechnung seien unter Punkt 15 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, sprich Landesbanksparkasse, Anteile an verbundenen Unternehmen, sprich S-Finanzgruppe, und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere aufgeführt. Immerhin seien hier Abschreibungen von beachtlichen 6,5 Millionen enthalten. Davon seien 1,4 Millionen in den Erläuterungen erklärt, nämlich die Abschreibungen auf die Landesbausparkasse, die auch auf die Niedrigzinspolitik zurückzuführen seien. Aber 5 Millionen stünden noch im Raum. Wenn er die Geschäftsberichte der vergangenen Jahre anschau, dann summierten sich die Abschreibungen unter diesem Punkt auf einen beachtlichen zweistelligen Millionenbetrag. Kreisrat Dr. Kaiser möchte wissen, ob weitere Belastungen für die Sparkasse Miltenberg-Obernburg aus der Beteiligung an der Landesbank und anderen zu erwarten seien. Über den Sparkassen- und Giroverband halte man die Anteile an der Landesbank. Im Geschäftsjahr 2011 seien es noch 7% gewesen von ursprünglichen 50%. Vielleicht habe sich der Anteil mittlerweile wieder erhöht. Dazu könne Herr Feußner vielleicht etwas sagen. Erfreulich sei, dass die Frist der Gewährträgerhaftung, die 2005 durch die Europäische Union erlassen worden sei, nun langsam auslaufe und dass man von 90 Milliarden Gewährträgerhaftung im Jahr 2009 auf mittlerweile unter 1 Milliarde gekommen sei. Kreisrat Dr. Kaiser wiederholt die Frage, welche Risiken und Belastungen noch zu erwarten seien.

Zum Thema Geldinfrastruktur im Landkreis merkt Kreisrat Dr. Kaiser an, dass Herr Feußner mit Recht erwähnt habe, dass die Sparkasse nicht gewinngetrieben und kapitalmarktgetrieben sei. Dies gelte sicherlich auch für die Genossenschaftsbanken. Seine Anregung sei, ob es am Rande des Kartellrechts nicht möglich sei, dass sich hier im Landkreis die beiden Institute, die zusammen fast 100% Marktanteil hätten, sich bei der Geldinfrastruktur abstimmen könnten.

Zum erhaltenen „Gemeinsamen Positionspapier zum deutschen Umsetzungsgesetz der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie“ merkt Kreisrat Dr. Kaiser an, dass hier durch die Regulatorik ältere Mitbürger bei der künftigen Kreditgewährung herausfallen. Dies sehe er als Problem

an und er habe eine Stellungnahme von der SPD-Bundestagsfraktion bei dem Bundestagsabgeordneten Bernd Rützel angefordert. Die SPD-Bundestagsfraktion relativiere das Ganze, sage aber gleichzeitig, sie wolle sich nach der Sommerpause im Finanzausschuss und Wohnungsbauausschuss mit der Thematik beschäftigen.

Kreisrat Dr. Kaiser wünscht sich, dass der an diesem Tag angekündigte Stresstest der EZB und der BaFin für kleinere Institute, insbesondere für die Sparkassen, bei dem Kreistag keine Sorgen auslösen müsse. So wie es Herr Feußner dargestellt habe, müsse man sich darüber keine Sorgen machen.

Herr Feußner antwortet, dass er nicht seriös beantworten könne, was noch an Unheil aus den Beteiligungen auf die Sparkasse Miltenberg-Obernburg zukäme. Man habe Beteiligungen in zweistelliger Millionenhöhe in der Bilanz. Das seien die Landesbausparkasse, die Versicherungskammer Bayern, die BayernLB, die Deutsche Leasing usw. Das seien große zweistellige Millionenbeträge, und es hänge davon ab, wie sich die Unternehmenswerte dieser beteiligten Institute entwickelten. Es gebe welche, da habe man einen sehr guten Eindruck, die hätten sich wunderbar entwickelt, z.B. Versicherungskammer Bayern. Man habe allerdings auch Sorgenkinder wie z.B. die Landesbausparkasse. Wie es weitergehe und welche Abschreibungen in Zukunft drohen, kann er seriös nicht beantworten. Er könne aber sagen, dass man in der Vergangenheit zweistellige Millionenbeträge in diesen Beteiligungsportfolio abgeschrieben hätte, und man im Moment alle Abschreibungsmöglichkeiten genutzt hätte, d.h. man hätte alles soweit runtergeschrieben, wie es nur ginge. All diese Belastungen seien in dieser aktuellen Bilanz komplett verarbeitet. Die angesprochenen 6,5 Mio. Euro unter Punkt 15 stimmten. Es sei in der Tat so, das seien 1,4 Mio. Euro LBS, 400.000 € Berlin, dann blieben noch knapp 5 Mio. Euro übrig. Das seien Wertpapiere aus dem Eigenanlagen-depot. Nichts destotrotz habe die Sparkasse Miltenberg-Obernburg für Beteiligungen viel Geld nach München geschickt und abgeschrieben. Zur Beteiligungsquote stimmt er Kreisrat Dr. Kaiser zu. Man komme vor der Finanzmarktkrise von der Quote Bayern LB, also Freistaat und Sparkassen, von 50 zu 50. Dann habe es die Krise gegeben, in der der Freistaat eingestiegen sei. Dann seien die Quoten verbessert worden. Sie seien runter und jetzt wieder mit Rückzahlungen hochgeführt worden, so dass man im Moment eine Beteiligungsquote von 75 zu 25 habe.

Zum Thema Geldautomaten und Zusammenarbeit mit den Genossenschaftsbanken antwortet Herr Feußner, dass man im Hintergrund, im Vorfeld und auch schon vor vielen Jahren Gespräche geführt und eine Zusammenarbeit ausgelotet habe. Leider sei dies nicht möglich gewesen.

Einlagensicherung und Wohnimmobilienkreditrichtlinie sei ein schwieriges Regulierungsthema. Es gehe darum, dass der Gesetzgeber gesagt habe, dass die Banken viel mehr auf die Einnahmesituation der Kunden schauen müssten und nicht so sehr auf die Substanz. Weiterhin müssten die Banken schauen, welche Einnahmesituation sich über die Jahre verteile und insbesondere für ältere Leute, die Substanz hätten, werde es sehr schwierig. Dies führe dazu, dass in den Sparkassen und Banken mit dieser Wohnimmobilienkreditrichtlinie jetzt auch Kredite abgelehnt werden würden, auch hier in der Region, die man früher gemacht hätte. Man könne an dieser Gesetzgebung nicht vorbei, weil man am Ende des Tages dafür haftbar gemacht werden könne. Es solle im Herbst eine Novellierungswelle kommen. Es habe auf jeden Fall praktische Auswirkungen. Es sei ein gutes oder schlechtes Beispiel dafür, was Regulierung momentan im Moment in der Branche und mit der Kundschaft am Ende des Tages mache.

Zum Stresstest merkt Herr Feußner an, dass es ausgefeilte Risikomonitoringsysteme gebe. Die Kreistagsmitglieder, die im Verwaltungsrat der Sparkasse sitzen würden, wüssten, dass die Sparkasse eine sogenannte grüne Sparkasse sei, d.h. alle Ampeln seien bei der Sparkasse im Moment auf grün.

Landrat Scherf ist sehr interessant daran, was die Bundestagsabgeordneten zur Umsetzung der EU-Rahmenkreditrichtlinie sagten. Offensichtlich sei es hier wieder so, dass die EU Möglichkeiten gegeben habe, dies auf nationaler Ebene flexibel umzusetzen. Bei der nationalen

Umsetzung sei es allerdings strenger umgesetzt worden, als es von Brüssel gedacht gewesen sei. In Österreich hätte man die Probleme nicht, wenn es um Wohneigentum ginge.

Kreisrat Reinhard dankt Herrn Feußner für die Ausführungen. 2,7 Mio. seien ein ordentliches Ergebnis. Er möchte zu den Negativzinsen wissen, wie lange es die Sparkasse rausziehen könne, ohne dass sie an die Kunden weitergegeben werden würden. Die Reaktion der Presse zu den Sparkassenfilialschließungen sei sehr verhalten gewesen. Er möchte die Erfahrungen wissen, die die Sparkasse mit den Kunden gemacht habe.

Herr Feußner antwortet, dass die Banken die Politik der EZB in ihren Bilanzen nicht aufhalten werden können. Wenn die EZB den Leitzins vorgebe, könne die Sparkasse in den Bilanzen all diese Dinge nicht abbremsen. Was es im Privatkundengeschäft für weitere Auswirkungen habe, möchte er sich gar nicht vorstellen. Die Frage sei, ob irgendjemand anfangen. Die Sparkasse Miltenberg-Obernburg werde nicht damit anfangen, solange man nicht von anderen dazu gezwungen werde, im Privatkundengeschäft die Negativzinsen weiterzugeben. Man höre bei einem Zinssatz von 0 jetzt auf. Im Firmenkunden-, institutionellen und im Kommunalgeschäft werde die Sparkasse diese Linie allerdings nicht durchhalten können. Dies liege daran, dass andere Bankengruppen schon Zusatzentscheidungen getroffen hätten, auch die Zentralbanken zum Beispiel. Die Landesbanken bei den Sparkassen würden der Sparkasse Miltenberg-Obernburg diesen Negativzins weitergeben, auch eine DZ-Bank bei den Genossen würde diesen Negativzins an die Primärinstitute weitergeben. Deshalb müsse die Sparkasse Miltenberg-Obernburg jetzt aufpassen. Großbanken hätten bei ihren Firmenkunden den Negativzins schon angepackt und jetzt gebe es Ausweichbewegungen, und das Firmenkundengeschäft würde mit Liquidität vollgeschaufelt werden, die man nicht mehr runterbekomme. Insofern werde die Sparkasse Miltenberg-Obernburg im zweiten Halbjahr 2016 im Firmenkundengeschäft in größeren Abschnitten auch das Thema Negativzinsen einführen.

Die Reaktionen zu den Filialschließungen seien verhalten gewesen. Dies liege zum einen daran, dass die Presse dazu lerne. 2009 sei man noch relativ alleine, weil man ein sehr überdimensioniertes Geschäftsstellennetz gehabt hätte. Jetzt habe es die Sparkasse runtergefahren und sei 2016 da, wo alle anderen Banken es auch getan hätten. Es gebe in der Region eine kleine Genossenschaftsbank, die eine Hauptstelle und fünf Geschäftsstellen gehabt hätte. Alle fünf Geschäftsstellen seien auf einmal geschlossen worden. Geschäftsstellenschließungen gebe es in Aschaffenburg, in Tauberbischofsheim, in Würzburg und überall. Insofern ist das, was die Sparkasse tue, nicht eine Ausnahme, sondern leider ein Stück weit Normalität. Insofern habe sich das mediale Echo auch in Grenzen gehalten, aber noch viel mehr. Es werde sehr fein controlled, d.h. die Sparkasse schaue sich Wanderungsbewegungen an, ob man Kunden verliere usw. Man habe an der einen oder anderen Stelle auch Verluste, aber insgesamt zeigten die Zahlen, dass man eindeutig im Plus sei und man an der Stelle wegen diesem Thema keine maßgeblichen Kundenverluste habe. Die Kundenreaktion halte sich in ganz engen Grenzen.

Kreisrätin Münzel bedankt sich vor allen Dingen für die nachdenklichen und kritischen Worte, was die Zukunft der Sparkasse anbelange. Die Niedrigzinsphase und die regulatorischen Bestimmungen lägen leider nicht in der eigenen Hand. Das findet sie äußerst unbefriedigend, wenn man abhängig von den Entscheidungen anderer sei. Da seien letztendlich andere gefordert. Was man allerdings ein bisschen in der Hand gehabt habe, das sei das Online-Banking. Sie sieht das Online-Banking etwas kritischer. Zu sagen, man reagiere hier auf die Kundenwünsche, sei nur zum Teil wahr, weil die Sparkasse natürlich das Online-Banking auch in der Vergangenheit gefördert habe und jetzt auch fördere, indem es die geringsten Gebühren koste. Die Sparkasse habe hier auch gezielt durch die Gebührengestaltung die Kundinnen und Kunden zum Online-Banking geführt. Wenn von 60.000 Konten 31.000 Online-Konten seien, dann würden trotzdem noch viele normale Konten übrig bleiben. Die Kunden, die ihre Konten traditionell führten, die würden aus ihrer Sicht ein bisschen schlecht behandelt. Der Blick sei auf dieses Online-Banking gerichtet, aber dass immerhin die Hälfte

der Kunden ganz traditionelle Konten habe, das komme ihr bei all den Überlegungen etwas zu kurz.

Es ist so, dass die ältere Bevölkerung an den traditionellen Konten hänge. Wenn die demographische Entwicklung so weitergehen würde, habe man mehr ältere als jüngere Bevölkerung. Deshalb wieder der Blick auf die Filialen: Auch wenn sie wisse, wie schwierig das ganze Geschäft sei, möchte sie heute wieder für die Filialen sprechen. Herr Feußner sage, die Sparkasse genieße großes Vertrauen in der Bevölkerung, und er merke selbst, dass die Leute an ihrer Sparkasse hängen, was natürlich auch etwas mit Tradition zu tun habe. Vielleicht seien die Sparkassenkundinnen und -kunden etwas traditioneller aufgestellt. Der Kreistag wisse, dass die Sparkasse wichtig für die Region sei, aber ob es jetzt den normalen Kundinnen und Kunden so im Kopf sei, wisse sie nicht. Das heiße, wenn die Filialen noch weiter ausgedünnt würden, verlöre man ganz wichtige Anker, und sie sehe schwarz für die Sparkasse. Deshalb plädiert Kreisrätin Münzel noch einmal, dass die Sparkasse Miltenberg-Obernburg auch an die 30.000 traditionellen Konten und an die demographische Entwicklung denken solle und bittet darum, keine Filialschließungen mehr vorzunehmen.

Herr Feußner antwortet, dass das Online-Banking deshalb so günstig sei, weil es anders abgewickelt werden könne, und daher auch die Preisgestaltung komme. Man könne bei der Sparkasse jede Überweisung und jede Rechnung schreiben lassen und sich helfen lassen, aber das koste natürlich Geld. Natürlich dürfe man den Kern und Charakter als Sparkasse nicht verlieren, deshalb habe er erwähnt, dass sowohl stationärer Vertrieb und Nähe als auch Online-Banking wichtig seien. Wenn die Sparkasse gewinnmaximierend unterwegs wäre, wären bedeutend weniger Filialen im Landkreis. Für die Sparkasse seien diese Filialen wichtig, und der Kern werde bleiben. Er möchte noch einen anderen Aspekt bringen. Er sehe sich immer in Bezug auf Demographie und Seniorität mit einem Bild konfrontiert, dass die Großmutter oder Großvater mit den Online-Dingen nicht umgehen könne. Das sei vorbei, denn ältere Menschen hätten sehr wohl Zugang zu den modernen Medien. Die Demographie wachse auch weiter. Ein 70-jähriger werde in zehn Jahren ein völlig anderes Verhältnis zur modernen Technik haben als heute. Die Menschen würden sich mitverändern.

Kreisrat Dr. Fahn dankt Herrn Feußner für den Bericht. Die Stichpunkte der Sparkasse „Nah, fair, kompetent“ findet er sehr gut. Durch diese Stichpunkte könne sich die Sparkasse selbst überprüfen und hinterfragen.

Kreisrat Dr. Fahn sagt, die primäre Einnahmequelle der Bank sei der Zinsüberschuss, der immer geringer werde. Er möchte wissen, welche Auswirkungen das habe und wie die Sparkasse dagegen steuern wolle.

Im Bericht stehe, dass die Sparkasse 475 Mitarbeiter habe, und dass die Personalkapazität angepasst werden müsse. Man plane mit einem rückläufigen Personalbestand unter Nutzung der natürlichen Fluktuation. Kreisrat Dr. Fahn möchte wissen, ob die Sparkasse hierzu ein langfristiges Konzept für den Personalabbau habe, der notwendig sei, unter Einbeziehung des Betriebsrates.

Herr Feußner erwidert, dass der Zinsüberschuss von 80 20 ausmache, von dem, was bei der Sparkasse reinlaufe. Die Sparkasse drehe sowohl an der Kostenschraube als auch an der Erlösseite. Die Erlösseite seien bei der Sparkasse Provisionen und Zinsen. Provisionen seien z.B. Wertpapiergeschäfte und Immobiliengeschäfte. Hier kämen die Steigerungsraten her, die man versuche, aufzufangen, was zum Teile gelinge. Die zweite Seite sei die Kostenreduzierung. Die Kosten bei der Sparkasse seien zu 2/3 Personalkosten und 1/3 Sachkosten. Deshalb würden beide Dinge angepackt. Man habe gute Erfolge in den letzten Jahren verzeichnet. Mit dem Personalrat sei man immer im Gespräch. Man habe einen sozialverträglichen Personalabbau eingeläutet. Man sei auf einem guten Weg, und die Mitarbeiterschaft habe eine hohe Eigenverantwortung, die auch gelebt werde.

Kreisrat Dr. Linduschka fragt nach, warum es kein Risiko sein solle, wenn das Kreditvolumen ganz stark steige, hier im Geschäftsbericht 200 Mio. Euro, und die Gefahr der Zinsen, vor

allem bei längerfristigen Kreditvergaben, doch auch vorhanden sei. Er möchte wissen, ob die Sparkasse das Mittel gefunden habe, um längerfristige Kreditvergaben problemlos und gefahrlos für die Sparkassen zu machen.

Herr Feußner antwortet, dass die Zahl von 200 Mio. Euro das Neugeschäft sei, d.h. dass der Kreditbestand der Sparkasse nicht um 200 Mio. Euro angestiegen sei, sondern es würden die Tilgungen dagegen laufen, weil viele Firmen es sich leisten könnten und jetzt teure Kredite zurückzahlen, so dass die Sparkasse im Bestand um 5% gewachsen sei, das seien 60 Mio. Euro. Natürlich sei es in der Tat so, dass wenn der Kreditbestand jetzt steige, würden auch die Risiken steigen. Jeder Sparer, der zur Sparkasse komme, möchte ein variables Geschäft, weil die Zinsen momentan so niedrig seien. Auf der anderen Seite komme der Häuslebauer oder der Firmeninhaber und hätte gerne einen Kredit, der so lange wie möglich läuft, weil die Zinsen so niedrig seien. Die Sparkasse nenne das Zinssatzänderungsrisiken, die im Moment schon erheblich seien. Genau deshalb werde ein erhebliches Eigenkapital benötigt, und die Aufsicht schaue auch genau hin, welche Hebel die Sparkasse fahre. Es sei eine Banksteuerung und die Sparkasse versuche, ganz gewisse Grenzen nicht zu überschreiten, damit man die Gefahr mit dem eigenen Geld abfedern könne. Dies sei im Moment eines der größten Themen und Risiken überhaupt, die in den Bilanzen seien, was nämlich passiere, wenn es ansteige, und ob man es dann noch halten könne. Die Sparkasse sei im Moment von den Kennzahlen so aufgestellt, dass sie es sehr gut halten könne. Je mehr dieser Hebel ausgefahren werde, umso mehr Erträge habe man. Aber dies sei die alte Bankierskunst zwischen Risiko und Ertrag.

Kreisrätin Ballmann möchte wissen, wie sich die Altersstruktur der Kunden, insbesondere der Neukunden zusammensetze. Weiterhin möchte Sie den Anteil von Privat- und Firmenkunden erfahren.

Herr Feußner antwortet, dass die Altersstruktur wie im Landkreis selbst sei. Die grobe Verteilung gemessen an der Hauptbankverbindung sei:

bis 19 Jahre: ca. 15%
20 bis 39 Jahre: ca. 25%
40 bis 59 Jahre: ca. 35%
ab 60 Jahre: ca. 25%.

Der Anteil von Privat- zu Firmenkunden liege bei 90 zu 10. Die Volumina seien hälftig. Bei den Erträgen sei es auch ungefähr hälftig. Man habe allerdings viel mehr Mitarbeiter im Privatkundengeschäft.

Kreisrat Dotzel sagt, man habe im Moment schwierige Zeiten im Banken- bzw. Sparkassengeschäft. Er wolle darauf hinweisen, dass es das Wichtigste sei, dass die Menschen mit Geld versorgt würden. Es gebe Geldautomaten in vielen Gemeinden, die keine Zweigstelle mehr hätten. Man müsse seines Erachtens darüber nachdenken, dass man in solchen Zeiten enger zusammenrücke und dass man Vorbehalte beiseitelasse. Man solle vielleicht ohne Gebühren eine Insellösung schaffen, damit alle Menschen bei den im Landkreis verfügbaren Geldautomaten abheben könnten, ohne dass sie dafür Gebühren bezahlen müssten. Dies sollte im Verwaltungsrat diskutiert werden.

Herr Feußer verweist auf die Landkreiskarte mit den abgebildeten Geldautomaten. Man habe insgesamt 28 Standorte im Landkreis, wo Sparkassenkunden Geld abheben könnten. Geld abheben sei für die Sparkasse keine Dienstleistung, die man preisfrei darstellen könne, d.h. man brauche für die Dienstleistung eine Bepreisung. Deshalb sei für die Sparkasse sowohl die Standortpolitik als auch die Preispolitik, wie sie im Moment sei, richtig. Die Zeiten, in denen eine Sparkasse oder auch eine Raiffeisenbank eine Dienstleistung umsonst bieten könne, seien für lange Zeit vorbei.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 2:

Regionaler Strategieprozess Bayerischer Untermain 2016

Landrat Scherf erklärt, dass die Regionalstrategie für ihn höchste Priorität habe. Er bestehe aus zunächst zwei Bausteinen.

Zum einen habe man im Juni 2014 auf der Ebene der Initiative Bayerischer Untermain beschlossen, dass Austausch der verschiedenen strategischen Akteure (Allianzen, Gesundheitsregion, Bildungsregion, Energieallianz etc.) in der Region zur Erhöhung der Effektivität der strategischen Bemühungen benötigt werde. Die Zielsetzung sei eine Strategiebündelung und Ausrichtung in der Region gewesen.

Dies habe sich sehr sinnvoll erwiesen, da es seit Sommer 2015 das Projekt FRM2030 gebe verbunden mit dem Startsignal des „Tags der Metropolregion 2015“ in der Paulskirche in Frankfurt, welches das Ziel hatte, an der Fragestellung eines möglichen Staatsvertrags einen neuen Impuls für eine verstärkte inhaltliche Zusammenarbeit in der MR FRM zu geben. Hier sehe er persönlich tatsächlich „Luft nach oben“, weshalb die bayerischen Partner der MR FRM diesen „Ball aufgenommen“ haben. Mit Unterstützung und Förderung des Freistaates Bayern – Landrat Scherf dankt hierbei ausdrücklich den beiden Staatsministern Prof. Dr. Bausback sowie Söder für ihr persönliches Engagement und die Unterstützung dieses Prozesses, der nun im Detail geplant und im Herbst in Gang gesetzt werde. Ziel sei die Klärung der strategischen Position und der Bedürfnisse der Region BU als Grundlage für die Integration dieser in den Prozess FRM 2030.

Landrat Scherf nennt FRM gerne das „Herz Europas“; zusätzlich leiste die FRM GmbH hervorragende Arbeit, was definierbar sei rund um den Brexit, auf den man strategisch hervorragend vorbereitet gewesen sei. Da Selbstlob kritisch gesehen werde, verweist Landrat Scherf auf die intensive Wahrnehmung im britischen Guardian: „So this one region of Germany seems to have done more thinking and planning for Brexit than anyone in the UK did.“ In der Nacht, als die Briten entschieden hätten, aus der EU auszusteigen, habe die gesamte Maschinerie der Metropolregion Frankfurt RheinMain mit einer Informationsoffensive auf verschiedenen Kanälen im United Kingdom gestartet, um auf Unternehmen zuzugehen.

Herr Seibel, Regionalmanager Initiative Bayerischer Untermain, stellt den Regionalen Strategieprozess anhand beiliegender Präsentation vor.

Kreisrat Meyerer führt an, dass der innerregionale Strategieprozess sehr wichtig sei. Er möchte wissen, wer sich am Ende des Prozesses verantwortlich zeige und wer es weiterführen werde.

Landrat Scherf erwidert, dass letztlich jeder einzelne für selbst verantwortlich bleibe. Es gelte offen zu legen, wo es welche Bestrebungen gebe und wo Abstimmungen und Synergien möglich seien.

Kreisrat Dr. Kaiser möchte wissen, woher die Aussage in der Präsentation komme, dass die Notwendigkeit eines Staatsvertrages derzeit nicht gesehen werde. Man brauche jemanden, der die Initiativen zusammenfasse. Momentan habe man von der Metropolregion nicht einmal eine Telefonnummer oder Postadresse, sondern die Metropolregion Frankfurt RheinMain sei beim Regionalverband untergebracht. Dies sei wieder ein anderer Bereich aufgrund einer hessischen Landesgesetzgebung von Frankfurter Umlandgemeinden. Er sei überrascht gewesen, dass derzeit die Notwendigkeit nicht gesehen werde. Man brauche eine Verfasstheit für die Metropolregion, und ohne Staatsvertrag würde es nicht gehen.

Landrat Scherf erwidert, dass die Grundsatzfrage des Staatsvertrages beiseitegelegt worden sei. Man kläre zuerst, welche Aufgabenfelder man habe, und was die Metropolregion tun müsse. Wenn dies geklärt sei, was Aufgabe der zweiten Phase dieses Prozesses sei, dann

wisse man, was dafür notwendig sei. Danach sehe man, ob für einzelne Bereiche ein Staatsvertrag notwendig sei. In diesem Moment setze man sich mit der Staatsregierung an einen Tisch und werde darüber reden.

Frau Seidel ergänzt, dass die Initiative Bayerischer Untermain bei der Koordinierung dieses Strategieprozesses die Schlüsselrolle habe.

Die Mitglieder des Kreistags nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 3:

Auszeichnung „Fairtrade – Landkreis Miltenberg“ im Rahmen der Initiative „Fair & regional – einfach genial“ - Umsetzung des Beschlusses des Kreistags vom 17.12.2015

Herr Dr. Jung, LAG Main4Eck, stellt die Auszeichnung „Fairtrade – Landkreis Miltenberg“ anhand beiliegender Präsentation vor.

Auf Antrag vom 18.11.2015 der sechs Kreistagsfraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen, FDP, Freie Wähler, Neue Mitte, ÖDP und SPD habe der Kreistag am 17.12.2015 die Bewerbung des Landkreises Miltenberg um die Auszeichnung „Fairtrade – Landkreis Miltenberg“ beschlossen.

„Der Kreistag beschließt, dass der Landkreis Miltenberg den Titel „Fair-Trade-Landkreis“ anstrebt und die erforderlichen Schritte einleiten wird, und integriert dieses Projekt in die Bildung eines bewussten Konsumverhaltens unter besonderer Berücksichtigung regionaler Wertschöpfungsketten in Kooperation mit der LAG Main4Eck und dem Regionalmanagement der Initiative Bayerischer Untermain.“

Ziel dieses Antrags sei es, mehr Gerechtigkeit im internationalen Handel anzustreben. Durch bessere Handelsbedingungen und die Sicherung sozialer Rechte für benachteiligte Produzent/innen und Arbeiter/innen, insbesondere in den Ländern des Südens, leiste der Faire Handel auch einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in diesen Gebieten. Nur wenn es gelinge, dass Menschen überall auf der Erde in Frieden von ihrer Arbeit leben könnten und eine soziale Grundsicherung hätten, könne die große Anzahl von Flüchtenden bereits zu normalen Zeiten vermieden und die weltweiten Probleme gemeinsam angegangen werden. Ein Weg dazu sei die Förderung des Handels mit Fairtrade Produkten durch die Aktivitäten, die mit der Auszeichnung „Fairtrade – Landkreis Miltenberg“ verbunden seien. Die Auszeichnung „Fairtrade – Landkreis“ werde von TransFair Deutschland e.V. mit Sitz in Köln zunächst für zwei Jahre vergeben. Ergänzt worden sei der Antrag an den Kreistag um die Berücksichtigung regionaler Wertschöpfung.

Die Kriterien für die Auszeichnung als Fairtrade-Landkreis seien:

Kriterium 1: Kreistagsbeschluss

Der Kreistag verabschiedet einen Kreistagsbeschluss zur Unterstützung des Fairen Handels. Bei allen öffentlichen Sitzungen wird fair gehandelter Kaffee und ein weiteres Produkt ausgeschrieben.

Kriterium 2: Steuerungsgruppe

Eine Steuerungsgruppe wird gebildet. Diese Gruppe besteht aus mindestens drei Personen aus den Bereichen Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft.

Kriterium 3: Fairtrade-Produkte im Sortiment (Einzelhandel und Gastronomiebetriebe)

In den lokalen Einzelhandelsgeschäften und bei Floristen sowie in Cafés und Restaurants werden mindestens zwei Produkte aus Fairem Handel angeboten. Richtwert ist hier die Ein-

wohnerzahl. Bei unserer Einwohnerzahl sind dies 23 Geschäfte und 12 Gastronomiebetriebe.

Kriterium 4: Zivilgesellschaft

Fairtrade in öffentlichen Einrichtungen: Produkte aus Fairem Handel werden in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Vereinen und Kirchen verwendet. Für unseren Landkreis werden 1 Schule, 1 Verein und 1 Kirchengemeinde benötigt.

Kriterium 5: Medien - Öffentlichkeit

Die lokalen Medien berichten über die Aktivitäten zum Thema Fairtrade in unserem Landkreis. Für unseren Landkreis sind dies 4 Artikel pro Jahr, wobei auch Online – Berichte gelten.

Was hat sich seit Beschlussfassung im Kreistag getan?

1. Umsetzung des Beschlusses „Fair-Trade-Landkreis“

Zur Umsetzung des Antrags wurde eine Steuerungsgruppe gebildet; folgende Personen wirken in der Steuerungsgruppe seit Herbst 2015 mit:

- Herr Hubert Eckert - Vorsitzender des Einzelhandelsverbandes und Mitarbeiter beim Bauermarkt
- Herr Lukas Hartmann (Kilianeum Miltenberg) - als Vertreter kirchlicher Verbände und Kontakt zur kirchlichen Jugendarbeit
- Frau Petra Münzel - Vertreterin der Politik
- Herr Robert Faust - Vertreter des Eine-Welt-Ladens Mömlingen
- Frau Annette Dekant, Vertreterin des Weltladens Miltenberg
- Herr Jürgen Jung - LAG Main4Eck und Vertreter des Eine-Welt-Ladens Kleinwallstadt
- Herr Karl-Heinz Paulus (Kreistagsmitglied, Energieforum Miltenberg)
- Frau Annette Karl (Stadtumbaumanagement Miltenberg)

Dank der engagierten Arbeit der Fair-Trade-Steuerungsgruppe Miltenberg konnten die Kriterien erfüllt werden. Man könne die Bewerbung mit 43 Einzelhandelsgeschäften (18 selbständige Einzelhändler, 25 Filialen; min. 23), 15 Gastronomiebetrieben (min. 12), 5 Kirchengemeinden, 6 Schulen und 9 Vereinen/Verbänden (min je 1) einreichen. Parallel laufen noch weitere Gespräche mit möglichen weiteren fairen Teilnehmer/innen – diese sollen natürlich auch erfolgreich weiterlaufen; man habe einen Prozess erfolgreich angestoßen, der hoffentlich noch lange nicht zu Ende ist.

2. Regionalinitiative „Aus der Region“

Ergänzt wurde die Initiative Fair-Trade-Landkreis wie vom Kreistag angeregt um eine regionale Komponente. Hier hat sich die Wiederbelebung des Siegels „Aus der Region“ entwickelt, federführend ist hier neben einer Steuerungsgruppe bestehend aus Kreisrat Harald Blankart, Kreisrat Karlheinz Paulus, LAG-Manager Dr. Jürgen Jung sowie aus dem Landratsamt Susanne Seidel, UB-Leiterin 1 und Landrat Jens Marco Scherf, der Regionalmanager der Initiative Bayerischer Untermain, Markus Seibel.

Es wurde ergänzend zum landkreiseigenen Fair-Trade-Siegel ein aktualisiertes Miltenberger Regional-Siegel entwickelt.

3. Siegel

In den Steuerungsgruppen wurden mit der Graphik-Abteilung des Landratsamtes zwei Siegel entwickelt:

- Fair-Trade-Landkreis Miltenberg oder Aus der Region / Miltenberg

4. Auftaktveranstaltung

Die Verleihung des Fair-Trade-Siegels findet am Donnerstag, 22. September 2016, im Foyer des Landratsamtes statt. Das Siegel wird vergeben durch TransFair Deutschland e.V. mit Sitz in Köln zunächst für zwei Jahre. Ergänzend zum Fair-Trade-Siegel wird an diesem Tag im Rahmen der Initiative „Fair & regional – einfach genial“ das Miltenberger Regional-Siegel „Aus der Region“ präsentiert.

5. Aufruf zur Beteiligung

Die Kontaktadresse für Interessenten für das Fairtrade- und/oder Regionalsiegel ist die Geschäftsstelle der LAG Main4Eck, erreichbar unter: info@main4eck.de

6. Information auf der Homepage des Landratsamtes

Die Initiative „Fair & regional – einfach genial“ wird eine Unterseite auf der Website des Landkreises bekommen (Rubrik Wirtschaft, Bauen & Verkehr). Daneben soll das Logo Fairtrade Landkreis Miltenberg auf der Startseite in die Sidebar gepackt und verlinkt werden. Eine Subdomain soll eingerichtet werden und auf die Fairtrade-Seite verlinken: www.fair-regional.landkreis-miltenberg.de

Kreisrat Dr. Fahn findet die Initiative eine sehr gute Sache. Es wäre wichtig, dass Bürger verstärkt die fair gehandelten Waren kaufen. In Deutschland würden derzeit 13 Euro dafür ausgegeben, in der Schweiz beispielsweise 57 Euro oder in Frankreich 33 Euro. Weiterhin sei wichtig, dass Gemeinden verstärkt an dem Projekt mitmachen sollten. Am Beispiel Mömlingen sehe man, welche positiven Auswirkungen so ein Ratsbeschluss habe. Der Eine-Welt-Laden in Mömlingen habe ein Umsatzplus von 18,2% erzielt.

Dr. Jung antwortet, dass weitere Kommunen auf dem Weg seien, sich als Fairtrade-Kommune zu bewerben. Kleinwallstadt, Erlenbach und Miltenberg gingen gerade vorneweg. Amorbach habe er als Beispiel bereits angeführt, dass das Projekt als Initiative auch auf Kommunen übergreifen könne, die bisher in dem Bereich noch nicht so aktiv gewesen sei. Die Schwerpunkte seien immer die Gemeinden, wo traditionell schon ein Eine-Welt-Laden existierte. Es sei wichtig, das Ganze auszuweiten.

Kreisrat Blankart freut sich außerordentlich, dass seine Idee aufgegriffen worden sei und jetzt neben dem fairen Handel auch die Bedeutung der regionalen Produkte der regionalen Erzeuger mitbeworben werden würden. Es sei ganz wichtig in Anbetracht der schlechten Agrarpreise, dass man versuche, jede kleine Möglichkeit aufzugreifen, um hier in Zukunft ordentliche Preise auch für die regionalen Erzeuger zu bekommen. Das Einzigartige sei, dass man der erste Landkreis in Bayern sei, der diese beiden Siegel Regionalität und Fairer Handel kombiniere. Dafür werde man sicherlich eine Auszeichnung bekommen.

Landrat Scherf dankt Kreisrat Blankart für die Anregung. Es zeigt, wenn man einander zuhört und Kritik nicht als etwas Negatives, sondern etwas Konstruktives verstehe, dass daraus neue gute Dinge entstünden. Jetzt müsse man in die Umsetzung viel Energie legen, denn es sei ein schwerer, steiniger Weg.

Kreisrat Paulus appelliert an die Kommunen, dieses Thema weiterzutragen, denn Fairer Handel ist aus seiner Sicht aktive Flüchtlingspolitik. Man komme darauf, dass die Flüchtlingsströme jenseits der Sahara anfangen, auch deshalb, weil man dort keine fairen Preise bezahle. Deswegen müsse man anfangen, das eigene Handeln zu überdenken und das in den Kommunen vervielfältigen.

Landrat Scherf sagt abschließend, dass es nicht mit einer Auszeichnung getan sei, sondern dass es ein dauerhafter Prozess sei. Man brauche Menschen, die sich vor Ort engagieren und man müsse auf sich selbst schauen.

Der Kreistag nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 4:

Resolution des Landkreises Miltenberg zum Bundesverkehrswegeplan und zum ICE-Halt Aschaffenburg**Resolution des Landkreises Miltenberg zum Entwurf des neuen Bundesverkehrsplans 2030: Schienenverkehr**

Landrat Scherf trägt vor, dass der Bundesverkehrswegeplan alle Investitionen des Bundes in seine Verkehrswege Straße und Schiene umfasse. Darunter falle nicht nur der Neu- und Ausbau, sondern auch die Erhaltung und Erneuerung. Die Verkehrsträger übergreifende, integrierte Planung werde im Rahmen eines Gesamtverkehrskonzepts erstellt. Bundesminister Alexander Dobrindt habe mit dem Entwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans die Gesamtstrategie für die Investitionen des Bundes in die Infrastruktur bis 2030 vorgelegt.

Der Entwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans sei vom 21. März bis zum 2. Mai 2016 öffentlich ausgelegt worden und jeder habe Stellung nehmen können. Da in dieser Zeit keine Kreisausschuss/Kreistagssitzung gewesen sei, habe der Landkreis Miltenberg mit Schreiben vom 25.04.2016 Stellung genommen. Dieses Schreiben sei im Kreisausschuss am 12.05.2016 bekanntgegeben worden.

Aus Anlass des im März 2016 vorgelegten Referentenentwurfs für den BVWP 2030 fasse der Kreistag des Landkreises Miltenberg nunmehr folgende Resolution, mit der er sich einer gleichlautenden Resolution des Stadtrats der Stadt Aschaffenburg anschließe.

Resolution des Kreistages des Landkreises Miltenberg zum Bundesverkehrswegeplan:

1. Der Landkreis Miltenberg fordert die Bundesregierung auf, sich eindeutig zur Einbindung der Region Bayerischer Untermain in das Hauptnetz des ICE- und IC-Schienenverkehrs zu bekennen und gegenläufige Pläne fallen zu lassen. Die derzeit laufenden Variantenuntersuchungen der Schienenwege zwischen Hanau und Fulda mit der Variante „Mottgers“ und einer Südeinschleifung in Richtung Würzburg entsprechen nicht dieser Zielsetzung
2. Für den Landkreis Miltenberg ist der Ausbau der Bestandsstrecke zwischen Hanau-Aschaffenburg-Würzburg die einzig vernünftige Lösung zum Ausbau des Schienennetzes zwischen Frankfurt und Würzburg. Der Landkreis Miltenberg fordert daher den Vorhabensträger DB-Netz-AG auf, von der Variante Südeinschleifung Richtung Würzburg Abstand zu nehmen.
3. Der Landkreis Miltenberg fordert die DB-Netz-AG auf, den Ausbau der Bestandsstrecke von Hanau nach Würzburg zeitnah zu planen und das Ergebnis in schriftlicher Form in das derzeit laufende Dialogforum „Hanau-Würzburg/Fulda“ einzubringen.
4. Der Landkreis Miltenberg regt an, die Elektrifizierung der Maintalbahn in den Bundesverkehrsverkehrsplan aufzunehmen, um damit auch die Elektrifizierung der Anbindung des Bayernhafens voranzubringen. Dadurch werden positive Synergieeffekte mit dem Ausbau der Wasserstraße zwischen Frankfurt und Aschaffenburg realisiert.

Der Kreistag beschließt einstimmig,

dass der Landkreis Miltenberg fordert, seine Resolution zum Bundesverkehrswegeplan zu berücksichtigen und umzusetzen.

Tagesordnungspunkt 5:

Ausschreibung Linienbündel „Regiobus Amorbach“

Herr Betz trägt vor, dass das Linienbündel „Regiobus Amorbach“ aus den Linien 92-99 der VAB bestehe und die Gemeinden und Ortsteile im Raum Amorbach bediene. Die auf den Linien angebotenen Fahrten dienten vornehmlich der Schülerbeförderung zu den weiterführenden Schulen in Amorbach sowie zu den Grund- und Mittelschulen. Daneben seien die Fahrten auf das Bahnangebot der Madonnenlandbahn abgestimmt. Eine ergänzende Nutzung durch die Bürger der bedienten Gemeinden erfolge nur in geringem Umfang, daher bestehe die wirtschaftliche Basis weitgehend aus den Erlösen und Ausgleichszahlungen aus dem Schülerverkehr.

Infolge des generellen Rückgangs der Schülerzahlen habe sich der derzeitige Inhaber der Linienverkehrsgenehmigung nicht in der Lage gesehen, den Verkehr auch in Zukunft „eigenwirtschaftlich“, also ohne Zuschuss anbieten zu können.

Gemäß den Vorgaben des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) und der hier anzuwendenden Verordnung EU 1370/2007 seien diese „gemeinwirtschaftlichen“ Verkehre in einem wettbewerblichen Verfahren zu vergeben.

Die Genehmigung für das Linienbündel habe mit Ablauf des 31.12.2015 geendet. Um ausreichend Zeit für die Vorbereitung und Durchführung eines solchen Verfahrens zu haben, habe der Landkreis Miltenberg eine Notvergabe für das Kalenderjahr 2016 an das bisherige Unternehmen vorgenommen (Beschluss des Kreisausschusses vom 14.12.2015).

Im Nachgang sei von der Verwaltung eine Abstimmung mit dem benachbarten Landkreis Neckar-Odenwald und dem Odenwaldkreis bzgl. grenzüberschreitender Fahrten vorgenommen worden. Das abgestimmte Leistungsangebot bestehe aus dem derzeitigen Fahrplan, vier auf der Linie 98 über Boxbrunn bis Schloß Eulbach verlängerter Fahrten und einer Durchbindung aller Fahrten der Linie 97 bis/von Gottersdorf. Das Leistungsvolumen des heutigen Verkehrs betrage rund 290.000 km p.a. und werde sich durch die beschriebenen Fahrtverlängerungen auf rund 300.000 km erweitern.

Die heute dem Linienbündel zugeordneten Verkehrserlöse errechneten sich auf Basis der aufwandsorientierten Fortschreibung in der VAB, daher habe der Verkehr bis vor kurzem ohne Zuschuss gefahren werden können.

Die Erlösaufteilung sei mit Wirkung zum 31.12.2016 durch die DB Regio gekündigt worden. Die Unternehmen der VAB erarbeiteten derzeit eine neue, nachfrageorientierte Erlösaufteilung, die ab dem 01.01.2017 wirksam werden werde. Die sich daraus ergebenden zukünftigen Erlöse für das Linienbündel könnten nur grob abgeschätzt werden, bestünden überwiegend aus den Schülerfahrkarten, den gesetzlichen Ausgleichszahlungen für die Beförderung von Schülern und Schwerbehinderten zu Sozialtarifen sowie Erlösen aus dem Verkauf von Fahrscheinen im Bus an weitere Fahrgäste.

Zur Durchführung der wettbewerblichen Vergabe habe der Landkreis Miltenberg die Anwaltskanzlei BBG & Partner (Bremen) eingeschaltet.

Die Vergabe erfolge auf Basis einer **Bruttoausschreibung**, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der unklaren Erlössituation für die Zukunft infolge der Neuordnung der Erlösaufteilung innerhalb der VAB.

Sofern der Kreistag am heutigen Tag den Auftrag an die Verwaltung erteile, werde die Veröf-

fentlichung der Ausschreibung noch Ende Juli erfolgen.

Die Angebotsfrist werde wohl bis Ende September laufen, nach Auswertung der Angebote könnte die Vergabe bis Ende Oktober erfolgen.

Die Betriebsaufnahme des neuen oder alten Betreibers wäre dann zum 01.01.2017.

Kreisrat Reinhard möchte wissen, welche Kosten für das Linienbündel entstehen.

Herr Betz antwortet, dass der Verkehr bisher auf vier Jahre eigenwirtschaftlich erbracht worden sei, d.h. er habe sich aus den Fahrgelderlösen selbst getragen. Fahrgelderlöse plus zusätzlich die staatlichen Ausfallsleistungen für die Beförderung von Schwerbehinderten oder auch für die Beförderung von Schülern zu Sozialeinrichtungen. Das habe über vier Jahre ausgereicht, den Verkehr eigenwirtschaftlich darstellen zu können. Jetzt sei es so, das Genehmigungsverfahren, wie es heute ablaufe, bedingt, dass der Aufgabenträger die Unternehmen rechtzeitig vor Ablauf der Genehmigung anschreibe und um Aussage bitte, ob man einen erneuten eigenwirtschaftlichen Antrag erwarten könne. Wenn nicht, müssten die Unternehmen das signalisieren, und der Landkreis müsste dann ein wettbewerbliches Vergabeverfahren ankündigen. Das habe man getan. Ab diesem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Vorabbekanntmachung beginne eine Frist zu laufen, innerhalb der ein anderes Unternehmen sagen könne, dass es diesen Verkehr eigenwirtschaftlich erbringe. Dann müsse man kein Vergabeverfahren durchführen. Man habe ein solches Schreiben nicht bekommen und auch einen solchen neuen Antrag, so dass man diesen Linienverkehr jetzt vergeben müsse. Die Vergabe für zehn Jahre habe den Hintergrund, dass eine längere Laufzeit für die Bieter interessanter sei, weil man längerfristiger planen könne. Zum anderen koste das Vergabeverfahren selbst nicht unerheblich viel Geld. Deswegen biete es sich an, es für zehn Jahre zu vergeben. Das Verkehrsangebot als solches ist mit dem momentanen fast identisch. Es werde um zwei gemeinsam mit den Nachbaraufgabenträgern abgestimmte Erweiterungen ergänzt. Zum einen, dass alle Fahrten, die momentan in Reichartshausen endeten, bis nach Gottersdorf verlängert würden. Dies sei eine Kooperation mit dem Neckar-Odenwald-Kreis auch im Hinblick auf Schülerverkehre. Für die Schüler auf den Höhen sei in Amorbach die nächstgelegene Schule. Auf der anderen Seite, um etwas mehr aus dem Bereich Tourismus anbieten zu können, habe man sich mit den Nachbarn darauf verständigt, dass man zwei Fahrten pro Richtung bis über Boxbrunn hinaus nach Schloss Eulbach verlängere, um dort das Anwesen und den Englischen Garten erreichbar zu machen. Dies seien die Leistungserweiterungen, die etwa 10.000 Kilometer im Jahr ausmachten.

Der Kreistag fasst den einstimmigen Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Linienbündel „Regiobus Amorbach“ in der vorgestellten Konzeption über ein wettbewerbliches Verfahren gemäß der Verordnung EU 1370/2007 neu für einen Zeitraum von 10 Jahren auszuschreiben.

Herr Landrat wird ermächtigt die Vergabe durchzuführen und den Vertrag abzuschließen.

Tagesordnungspunkt 6:

Jahresabschlussbericht (Bilanz) 2015

Herr Krämer, Kreiskämmerer, stellt den Jahresabschlussbericht 2015 anhand beiliegender Präsentation vor.

Kreisrat Reinhard möchte zum Verständnis wissen, dass die 3,3 Millionen Euro Rückstellung für die Klage Weilbach für das Ergebnis nicht wirksam sei, d.h. das Ergebnis 2015 wäre um die 3,3 Millionen Euro besser, wenn die Rückstände nicht gebildet worden wären. Das geplante Ergebnis von 2,1 Mio. Euro liege dann eigentlich bei 5,4 Mio. Euro. Der Landkreis sei

also trotz der Rückstellung immer noch unter dem Sollwert und eigentlich um 3,3 Mio. Euro besser. Am Anfang des Jahres bei den Haushaltsberatungen gehe man immer von einem ganz anderen Volumen aus. Dies zeige wieder, dass die Zahlen immer viel besser seien als gedacht.

Landrat Scherf antwortet, dass 2015 ein sehr schwieriges Jahr gewesen sei. Im Frühjahr sei zu den Personalkosten festgestellt worden, dass man hier sehr viel von den zusätzlichen Aufgaben durch Mehrarbeit geleistet habe und dass Personen aus Teilen des Hauses, die nicht unmittelbar mit dem Thema Asyl verantwortet seien, in den Bereich Soziales gewechselt seien. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten durch Mehrarbeit und Mehrleistung viele Löcher gestopft, weshalb man bei den Personalkosten so gut in 2015 ausschaue. Von daher sollte man von den Gesamtaufwendungen deutlich sehen, dass man 2015 ein Ausnahmejahr gehabt hätte, und das durch ganz besondere Leistungen hinbekommen habe. Er sei, auch wenn er sich die Krankheitsquote in 2015 anschau, auf seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter absolut stolz.

Kreisrat Reinhard erwidert, das Engagement aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Ehren, trotzdem sei dies kostentechnisch hinterlegt. Wenn tatsächlich Mehraufwand entstanden sei, sei dies in der Kostenrechnung erfasst.

Landrat Scherf widerspricht, denn man habe in 2015, dadurch dass auch neue Stellen im Sozialamt intern besetzt worden seien und dadurch wiederum andere Stellen in ganz großem Maße unbesetzt gewesen seien, d.h. Stellen, die finanziell mit Geld untermauert gewesen seien, die aber nicht besetzt gewesen seien, weil man die Personen innerhalb des Hauses von A nach B gesetzt hätte, Geld gespart. Von daher sei ein signifikanter Teil dieses Plus wirklich durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landratsamt erarbeitet worden.

Die Mitglieder des Kreistags nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 7:

Jahresabschluss 2014 des Landkreises Miltenberg;

a) örtliche Prüfung

b) Feststellung

Kreisrat Schötterl, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, erläutert den Jahresabschluss 2014 des Landkreises Miltenberg anhand beiliegender Präsentation.

Zusammenfassend werde vom Rechnungsprüfungsausschuss festgestellt, dass die finanziellen Verhältnisse des Landkreises geordnet seien.

Der Jahresabschluss 2014 mit seinen Bestandteilen sei vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüft worden

Der Prüfungsbericht könne von allen Kreistagsmitgliedern im UB 4 - Revision eingesehen werden. Die Fraktionen erhielten den Berichtsteil, der die Entwicklung des Jahresabschlusses 2014 darstelle.

Auf Wunsch sei der UB 4 - Revision gerne bereit, zu den Prüfungsfeststellungen in den nächsten Fraktionssitzungen Auskunft zu erteilen.“

Der Kreistag fasst den einstimmigen Beschluss:

Der Kreistag stellt den Jahresabschluss 2014 des Landkreises Miltenberg mit folgenden Ergebnissen gemäß Art. 88 Abs. 3 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern fest:

Ergebnisrechnung

Gesamtbetrag der Erträge	102.907.779,24 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen	97.994.172,51 €
Saldo	+ 4.913.606,73 €

Finanzrechnung

Laufende Verwaltungstätigkeit	
Gesamtbetrag der Einzahlungen	98.006.959,79 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen	87.947.591,71 €
Saldo	+ 10.059.368,08 €

Investitionstätigkeit

Gesamtbetrag der Einzahlungen	3.102.884,38 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen	9.759.410,83 €
Saldo	- 6.656.526,45 €

Finanzierungstätigkeit

Gesamtbetrag der Einzahlungen	0,00 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen	3.094.637,92 €
Saldo	- 3.094.637,92 €

Finanzmittelüberschuss + 308.203,71 €

Liquide Mittel 29.219.110,87 €

Vermögensrechnung (Schlussbilanz)

Summe Aktiva und Passiva 181.354.309,96 €

In die Feststellung werden die weiteren Bestandteile des Jahresabschlusses, die Teilrechnungen und der Planvergleich, der Anhang mit Anlagen und der Rechenschaftsbericht einbezogen.

Tagesordnungspunkt 8:

Jahresabschluss 2014 - Erteilung der Entlastung

Der Kreistag fasst den einstimmigen Beschluss,

für 2014 die Entlastung nach Art. 88 Abs. 3 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern zu erteilen.

Grundlage dieses Vorschlags ist der Bericht des UB 4 - Revision zur örtlichen Prüfung des doppelten Jahresabschlusses 2014 des Landkreises Miltenberg.

Tagesordnungspunkt 9:

Jahresabschluss 2014 – Verwendung des Jahresüberschusses

Herr Krämer trägt vor, dass im Rahmen der Feststellung des Jahresabschlusses über die Ergebnisverwendung zu entscheiden sei. Ein Jahresüberschuss, der nicht zum Ausgleich eines vorgetragenen Jahresfehlbetrags benötigt werde, sei nach § 24 Abs. 2 KommHV-Doppik der Allgemeinen Rücklage oder der Ergebnisrücklage zuzuführen.

Jahresüberschüsse, die der Ergebnisrücklage zugeführt werden, stünden in späteren Jahren zur Verrechnung mit Jahresfehlbeträgen entsprechend der Regelung des § 24 Abs. 3 KommHV-Doppik zur Verfügung. Nach dem Ablauf von drei Jahren könnten Jahresfehlbeträge ebenso mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet werden.

Ein vorgetragener Jahresfehlbetrag sei nicht vorhanden, der Stand der Ergebnisrücklage betrage momentan 3,3 Mio. €.

Der Kreistag beschließt einstimmig,

den Jahresüberschuss 2014 in Höhe von 4.913.606,73 € gemäß § 24 Abs. 2 KommHV-Doppik der Allgemeinen Rücklage zuzuführen.

Tagesordnungspunkt 10:

Beschluss: Ausbau-Vereinbarung zwischen der Gemeinde Großwallstadt und dem Landkreis Miltenberg über den Bau und die Unterhaltung einer gemeindlichen Kanalisation zur Entwässerung des Straßenkörpers und der Fahrbahn der Kreisstraße MIL 29

Herr Wosnik trägt vor, dass die Gemeinde Großwallstadt im Bereich der Ortsdurchfahrt Großwallstadt im Zuge der Kreisstraße MIL 29, im Abschnitt 140, von Station 0,293 bis Station 0,537 eine Kanalisation erneuere, die auch der Entwässerung dieser Straße (Ableitung des Oberflächenwassers der Straße u. Entwässerung des Straßenkörpers) diene.

Die Gemeinde Großwallstadt sei für die gesamte Planung, Ausschreibung, Vergabe, Bauüberwachung, Abrechnung und Vertragsabwicklung zuständig. Die Gemeinde bediene sich dazu des Ingenieur-Büros ISB aus Laudenbach.

Gemäß Bayer. Straßen- und Wegegesetz, den Ortsdurchfahrtsrichtlinien und den sonst für die Straßenbauverwaltung geltenden Vorschriften und Richtlinien sei hierzu eine entsprechende Ausbauvereinbarung zwischen den betroffenen Baulastträgern abzuschließen.

Die vorliegende Ausbauvereinbarung regle die Bau- und Unterhaltungslast für „den Bau und die Unterhaltung einer gemeindlichen Kanalisation zur Entwässerung des Straßenkörpers und der Fahrbahn der Kreisstraße MIL 29, OD Großwallstadt, Obernburger Straße.

Die Straßenbauverwaltung beteilige sich an den Kosten der Herstellung der gemeindlichen Kanalisation einschließlich der Straßeneinläufe in Höhe des Betrages, der für den Bau einer eigenen Straßenentwässerungsanlage aufzuwenden wäre, nach Maßgabe der im § 4 geregelten Inhalte.

Auf Basis dieser Vereinbarung belaufe sich der vorläufige Kostenbeitrag auf 47.620,- €.

Der endgültige Kostenbeitrag werde nach der Bauausführung durch gemeinsames örtliches Aufmaß ermittelt. Dieser vorläufige Kanalkostenbeitrag werde im Kreisstraßenhaushalt 2017 eingestellt.

Die Gemeinde hole rechtzeitig vor der Ausschreibung die Zustimmung der Straßenbauverwaltung zum Bauentwurf, zum Bauzeitenplan und zu den Verdingungsunterlagen für die genannte Baumaßnahme ein.

Die Zustimmung der Gemeinde Großwallstadt über die hier beschriebene Vereinbarung liege vor. Die Sitzung des Gemeinderates habe am 14.06.2016 stattgefunden. Unter Punkt 8

„Grundstücksangelegenheiten“ sei der vorgelegten Vereinbarung vom 12.05.2016 einstimmig zugestimmt worden.

Der UB5 und das Staatliche Bauamt Aschaffenburg empfehlen, der Vereinbarung zuzustimmen.

Der Kreistag beschließt einstimmig,

der Vereinbarung zwischen dem Landkreis Miltenberg und der Gemeinde Großwallstadt über einen Kostenbeitrag des Landkreises für die Einleitung des Straßenabwassers in die gemeindliche Kanalisation, OD Großwallstadt / Kreisstraße MIL 29 zuzustimmen.

Tagesordnungspunkt 11:

Anfragen

Keine Anfragen

gez.

Scherf
Vorsitzender

gez.

Zipf-Heim
Schriftführerin